



Foto: image - BildpunktX

**Zum Ende der Wahlperiode zogen wir im Juni mit unserem Lobbyreport 2017 eine Bilanz der letzten vier Jahre: Was hat die große Koalition bei der Lobbykontrolle erreicht? Und leider auch: was nicht? Welche Skandale sorgten für politische Debatten? Und was muss getan werden, um das Lobbyismus-Problem in Deutschland in den Griff zu bekommen?**

Das Arbeitszeugnis für Schwarz-Rot fällt schlecht aus: Wichtige Schritte zu mehr Lobbytransparenz und Schranken für Einflussnahme wurden nicht gemacht. Lobbyismus bleibt in Deutschland weitgehend intransparent und schlecht reguliert. Besonders die Union blockierte notwendige Reformen. Der SPD wiederum war das Thema Lobbyregulierung offenbar nicht wichtig genug, um Streit in der Koalition zu riskieren. So gibt es hierzulande weiterhin kein verpflichtendes Lobbyregister oder Transparenz über Lobbyeinflüsse bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen in den Ministerien. Im Parteiengesetz klaffen noch immer große Schlupflöcher, durch die viel Geld an den Augen der Öffentlichkeit vorbei an die Parteien fließen kann.

#### **Reformen ohne Biss**

Doch immerhin: Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vorhaben hat Schwarz-Rot umgesetzt. Für richtig gute Regelungen fehlte es aber an Biss. So konnte Deutschland – als letzter EU-Mitgliedsstaat - die UN-Konvention gegen Korruption ratifizieren, weil der Bundestag endlich die Abgeordnetenbeste-

chung breiter gefasst unter Strafe stellte. Aber die neue Regelung ist eher eine Minimallösung.

Auch die neue Karenzzeit für Mitglieder der Bundesregierung, die zu Unternehmen oder Verbänden wechseln wollen, bewerteten wir als Fortschritt mit Mängeln. Mit dem Karenzzeitgesetz wurde eine bedenkliche Lücke gefüllt, da es fliegende Wechsel erschwert. Grünes Licht auf unserer Bewertungsampel gab es von uns dennoch nicht, weil die Abkühlphase mit maximal 18 Monaten zu kurz ist und Beamtete Staatssekretär/innen sowie die Abteilungsleiter-Ebene nicht erfasst sind. Ein Praxistest steht noch aus – da wird es nach der Bundestagswahl interessant.

#### **Bewertungsampel steht kein Mal auf Grün**

Insgesamt konnten wir in keinem der sechs im Lobbyreport betrachteten Bereiche grünes Licht geben. Unsere Bewertungsampel zeigt dreimal rot und dreimal gelb. Die fehlenden Fortschritte sind umso bedauerlicher, da neue Lobby-Skandale wie „Dieselgate“ oder „Cum/Ex“ zeigten, wie groß der Handlungsbedarf ist. Die nächste Regierung ist hier in der Pflicht.

*Timo Lange*

**Liebe Leserinnen und Leser,**

immer noch glauben zu viele Politiker, dass das freie Spiel der Lobbyisten dem Allgemeinwohl am besten dient. Ein gefährlicher Irrglaube. Jüngste Belege: Dieselgate, Rent-a-Sozi oder der milliardenschwere Cum/Ex-Steuerbetrug. Lobbykontrolle ist das Gebot der Stunde. Deshalb mischt sich LobbyControl in den Wahlkampf ein. Das Pflichtenheft für eine neue Regierung ist gut gefüllt: Bei der Lobbytransparenz tappen wir weiter im Dunkeln. Wer lobbysiert in Berlin für was und für wen? Wessen Interessen verbergen sich in Gesetzentwürfen? Darauf möchten wir eine Antwort.

Wir kämpfen für ein verpflichtendes Lobbyregister und eine legislative Fußspur. Auch bei der Parteienfinanzierung muss sich vieles ändern: Sponsoring muss offengelegt und die Höhe der Spenden auf 50.000 Euro im Jahr begrenzt werden.

Es ist in der Politik wie beim Essen: Die Menschen wollen wissen, was drin steckt. Passiert das nicht, verlieren sie den Appetit.



Foto: Inke Dieffen

Mit bestem Dank für Ihre Unterstützung und mit herzlichen Grüßen

Ihre

## Verdeckte Wahlwerbung für die AfD

Ein dubioser Verein macht mit Millionen Wahlwerbung für die AfD. Woher das Geld stammt, bleibt unbekannt. Wir haben die verdeckte Wahlwerbung genauer angeschaut.

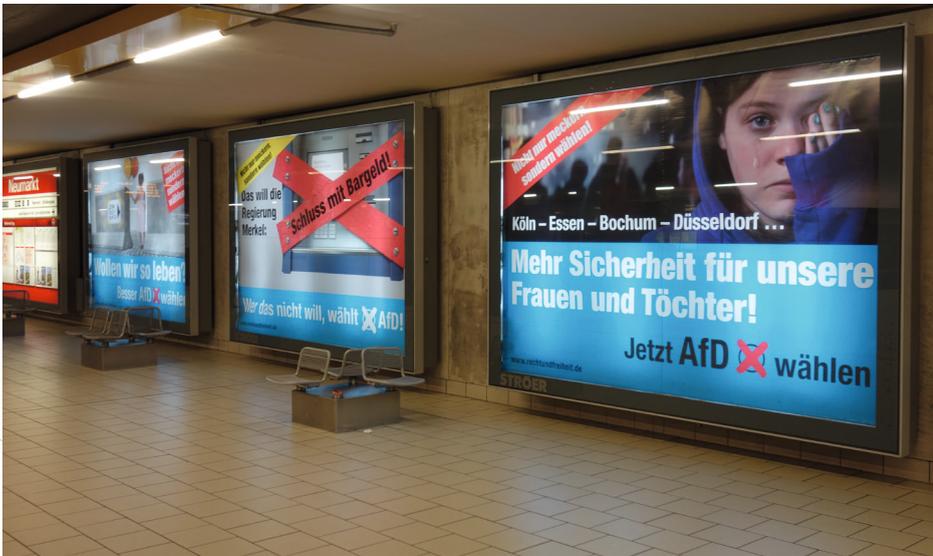


Foto: Ulrich Müller/LobbyControl

Wahlplakate des Pro-AfD-Vereins in der Kölner Innenstadt

Der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ machte bei sieben Landtagswahlen mit Großplakaten, einer Wahlkampfzeitung namens „Extrablatt“, Videos und Google-Anzeigen Werbung für die AfD. Seit Mitte Juli 2017 gibt der Verein zudem den „Deutschland-Kurier“ heraus. Die rechte Wochenzeitung soll der AfD vor der Bundestagswahl publizistisch den Weg bereiten. Bis heute hat der Verein nur eine Briefkasten-Adresse. Zentraler Akteur im Hintergrund ist die Schweizer PR-Agentur Goal AG.

Nebulös ist, woher das Geld für die Wahlwerbung kommt. Spenden an Parteien, die im Einzelfall die Höhe von 10.000 Euro übersteigen, müssen offengelegt werden. Für den Verein gilt diese Transparenzpflicht nicht. Er kann daher seine Geldgeber verborgen halten.

### Das Schweigen der AfD

Die AfD, um Kritik an den anderen Parteien nicht verlegen, tut so, als ginge sie die Wahlwerbung und ihre intransparente Finanzierung nichts an. Aber Recherchen zeigen, dass die AfD enge Kontakte zu den

Organisatoren der Wahlwerbung hatte, als sie bislang eingeräumt hat.

So ließ sich der AfD-Bundesvorstand Jörg Meuthen seine Webseite von der Goal AG erstellen. LobbyControl gegenüber räumte Meuthen ein, dass er diesen „Freundschaftsdienst“ nicht als Sachspende für die AfD verbuchen ließ. Jetzt will er das nachholen.

Die Goal AG finanzierte auch den Großteil einer Veranstaltung von AfD und FPÖ im Februar 2016. Organisator war damals Markus Pretzell, AfD Landeschef in NRW. Pretzell und Meuthen antworten nicht auf unsere Fragen, wie ihr Kontakt zur Goal AG zustande kam.

### Wahlwerbung durch Dritte transparent machen

Die Beeinflussung von Wahlen durch anonyme Akteure ist Gift für die Demokratie. Wahlwerbung durch Dritte muss deshalb den gleichen Transparenzpflichten unterworfen werden wie direkte Parteispenden. Mehr über den Wahlwerbe-Verein gibt es in unserer Online-Enzyklopädie [www.lobbypedia.de](http://www.lobbypedia.de)

Ulrich Müller

## Konzerne setzen auf Schwarz-Gelb

Im Wahljahr 2017 steigen die Großspenden deutlich an – besonders für CDU und FDP. Die beiden Parteien bekamen im ersten Halbjahr 2017 mehr Spenden von Unternehmen und Vermögenden als im gesamten Wahljahr 2013. Dies zeigt ein gestiegenes Interesse bei Unternehmern an Schwarz-Gelb und am Erstarren der FDP. Mehr Daten: [lobbycontrol.de/grossspenden2017](http://lobbycontrol.de/grossspenden2017)

Ulrich Müller

## Reichtum und Einfluss Die Macht des Geldes begrenzen nicht vertuschen!



Foto: LobbyControl

Beim Armuts- und Reichtumsbericht hatte das Kanzleramt brisante Stellen gestrichen.

Die breit diskutierten Streichungen im Armuts- und Reichtumsbericht nahmen wir zum Anlass für eine Online-Aktion. Mit Wirkung: Zwar blieben die Streichungen zu einer Studie zu ungleichem politischen Einfluss im veröffentlichten Bericht bestehen, doch ein zunächst vollständig gestrichenes Kapitel zu Lobbyismus war wieder drin. Das Vertuschen sollte weiter gehen: Die Union versuchte die Bundestagsdebatte zum Bericht zu verhindern. Auch hier protestierten wir erfolgreich: Am Ende fand die Debatte doch noch statt.

Christina Deckwirth

## Dieselgate Aufklärung sieht anders aus

Der Dieselgate-Skandal hält die Öffentlichkeit mit ständig neuen Entwicklungen in Atem. Für uns ist klar: Dieselgate ist auch ein Lobbyskandal. Die Verflechtungen zwischen Autoindustrie und Politik sind eine zentrale Ursache der Abgasaffäre – denn sie verhindern, dass die Bundesregierung diese wirtschaftlich mächtige Branche nicht so kontrolliert, wie sie es sollte.



Verkehrsminister Dobrindt hält weiter seine schützende Hand über die deutschen Autokonzerne.

Leider offenbart auch der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum Abgasskandal, dass die Große Koalition die Affäre schönreden will. Das Verkehrsministerium ließ ungeklärt, warum die Bundesregierung bis zum Bekanntwerden des Dieselgate-Skandals so auffällig untätig in Sachen Abgasregulierung blieb. Gleichzeitig bagatellisiert der Bericht die Folgen des Abgasskandals für die Gesundheit, den Verbraucherschutz, die Autoindustrie und ihre Beschäftigten.

Die Oppositionsvoten im Bericht gewähren aber auch einen Einblick in die Kumpanei zwischen Bundesregierung, Behörden und Autoindustrie. Eine Symbolfigur dafür ist der Sachverständige Prof. Helmut Greim. Als Beiratsvorsitzender eines industriefinanzierten Forschungsinstitut ist er eng mit den Autokonzernen verflochten. Da überrascht es wenig, dass er deren Stickoxidabgase entgegen der gängigen wissenschaftlichen Meinung als „unbedenklich“ erklärt. Dennoch übernimmt der Abschlussbericht genau diese Formulierung. Aufklärung sieht anders aus.

*Christina Deckwirth*

*impressum*

**AutorInnen:** Max Bank, Christina Deckwirth, Inke Dierßen, Felix Kamella, Nina Katzemich, Timo Lange, Ulrich Müller  
**Redaktion:** Sebastian Meyer (V.i.S.d.P.)  
LobbyControl e.V.  
Am Justizzentrum 7, 50939 Köln

**Kontakt:** Tel.: 0221-995 715-0  
Fax: 0221-995 715-10  
kontakt@lobbycontrol.de  
www.lobbycontrol.de  
**Layout:** Hannes Jung  
Druck auf 100% Recyclingpapier

## Cum/Ex-Steuerskandal Wenn Lobbyismus Milliarden kostet

Der Cum/Ex-Steuerskandal, bei dem Banken und Investoren über Jahre hinweg durch mehrfach ausgestellte Steuerbescheinigungen Milliarden aus der Staatskasse plünderten, wurde durch mangelnde Regeln beim Lobbyismus und eine zu große Nähe der Politik zur Finanzbranche mindestens begünstigt. Das zeigte die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu dem Skandal. Mit strengeren Transparenzvorschriften und einem konsequenten Umgang mit Interessenkonflikten wäre der Schaden auf jeden Fall deutlich geringer gewesen. Daher haben wir dem Skandal in unserem Lobbyreport 2017 ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier lässt sich deutlich zeigen: Unregulierter Lobbyismus kann uns alle teuer zu stehen kommen.

*Timo Lange*

## Kampf ums Klassenzimmer



Unsere Protestaktion vor dem Landtag in Wiesbaden.

In Hessen hat es die Unternehmerlobby geschafft, ein geplantes Werbeverbot an Schulen deutlich abzuschwächen. Doch der Kampf um schärfere Regeln gegen Lobbyisten im Klassenzimmer geht weiter. Gefragt sind jetzt vor allem kritische Lehrerinnen. Mit einer für Herbst geplanten, neuen Infobroschüre erklären wir, was sie, aber auch Eltern und Schüler tun können, um dem wachsenden Einfluss von Konzernen im Klassenzimmer zu begegnen.

*Felix Kamella*

## EU-Kommission auf Kuschelkurs mit Konzernlobbyisten

Trotz anderslautendem Versprechen treffen sich die EU-Kommissare überwiegend mit Unternehmensvertretern. Ganz vorne: Günther Oettinger.



Immer ein offenes Ohr für die Wirtschaft: Unser Ranking belegt, wie einseitig sich manche Kommissare beraten lassen.

Die EU-Kommission schenkt Konzernlobbyisten weiterhin überproportional viel Aufmerksamkeit. Dies ist das Ergebnis unserer Auswertung aller Lobbytreffen anlässlich der Halbzeit von Kommissionspräsident Juncker und seiner Mannschaft im Mai.

Bei Oettinger gehen die Konzernlobbyisten ein und aus. Demnach fanden Treffen wichtiger EU-Kommissare aus Bereichen wie Industrie, Steuern, Digitales, Haushalt oder Landwirtschaft zu über 75 Prozent mit Wirtschaftslobbyisten statt. Spitzenreiter sind Bieńkowska (Binnenmarkt), Oettinger (ehemals Digitales, jetzt Haushalt) und Katainen (Wachstum, Beschäftigung) mit Werten von 80 bis 87 Prozent. Die meisten Lobbytreffen überhaupt hatte Kommissar Oettinger. Wir finden: Die Nähe zwischen der EU-Kommission und der Lobby der Konzerne ist damit weiterhin viel zu groß.

Juncker hatte mehr Ausgewogenheit versprochen. Dies steht auch im Widerspruch zur Anweisung von Juncker an sein Kollegium zu Beginn seiner Amtszeit, sich um mehr „Ausgewogenheit“ beim Lobbyeinfluss zu

bemühen. Und wohin eine solche Nähe führen kann, zeigen Beispiele wie TTIP oder der VW-Skandal.

### Dennoch: EU ist Vorreiter in Sachen Transparenz

Eines muss allerdings auch gesagt werden: In Sachen Transparenz ist die EU-Kommission der Bundesregierung weit voraus. Eine Auswertung von Treffen der Regierungsmitglieder mit Lobbyisten ist auf deutscher Ebene gar nicht möglich – weil die Bundesregierung diese nicht öffentlich macht. Auch hat Juncker mit seiner Vorgabe zur Ausgewogenheit immerhin ein Problembewusstsein gezeigt. Und nicht zuletzt haben wir auch ein paar positive Beispiele gefunden – wie Kommissarin Thyssen für Arbeitnehmer und soziale Angelegenheiten, die sich nur zu 34 Prozent mit Wirtschaftsvertretern, aber zu 54 Prozent mit Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften traf.

### Industrie liefert keine neutrale Expertise

Juncker muss sich mit seinem Team überlegen, wie es mehr Abstand zur Wirtschaftslobby halten kann. Von dieser ist nämlich keine neutrale Expertise zu erwarten.

Nina Katzemich

## EU-Japan-Handelsabkommen Schluss mit dem „Weiter so!“

Aus der Kritik an TTIP und CETA haben EU-Kommission und Bundesregierung offensichtlich nichts gelernt. Das zeigt sich bei den JEFTA-Verhandlungen der EU mit Japan. Das Motto ist und bleibt: Um jeden Preis Konzerninteressen in den Abkommen verteidigen. Einseitige Klagerechte für Unternehmen, neue Einfallstore für Lobbyisten über regulatorische Kooperation und massiver Lobbyeinfluss auf die Verhandlungen: All diese kritischen Punkte finden sich auch bei JEFTA wieder. Für dieses Programm bekommt Handelskommissarin Malmström volle Rückendeckung von Bundeskanzlerin Merkel.

### LobbyControl geht auf Aufklärungstour

Wir halten dagegen mit unserer Aktion „Kurswechsel in der Handelspolitik“. EU-Kommission und Bundesregierung brauchen ein deutliches Signal, dass die Bürgerinnen und Bürger eine einseitige und intransparente Handelspolitik für Konzerne nicht mehr hinnehmen. Das wollen wir auch während unserer Vortragsreise zum CETA-Abkommen mit Kanada diesen Herbst gemeinsam mit europäischen und kanadischen Partnern deutlich machen: Das „Weiter so“ muss ein Ende haben.

Max Bank

Unterzeichnen Sie unsere Aktion unter:  
[lobbycontrol.de/2017/07/kurswechsel-handelspolitik](http://lobbycontrol.de/2017/07/kurswechsel-handelspolitik)



Wir fordern einen Kurswechsel bei JEFTA.